Protokoll

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 06.03.2003, im Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

---

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16:30 Uhr
Ende:	18:30 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Rederecht für die fraktionslose BV Wagner zu TOP 3.2 beschlossen.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokoll**

Das vorliegende Protokoll der 7. Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 (Anträge)

TOP 3.1: **Endlich ein Konzept gegen die Überschreitung von Ausgabetiteln!!!**
Drucksache Nr. 541/II, inkl. Bericht aus der 'Arbeitsgruppe Z- und T-Teil'

Die BV Schmid-Petry bittet, um zur Versachlichung der Diskussion beizutragen, um Streichung der ersten beiden Worte und der Ausrufungszeichen in der Überschrift des Antrags; außerdem soll das Wort 'gravierend' entfallen, hinter 'Z-Teil' der Halbsatz ', die beeinflußbar sind' eingefügt und aus 'April 2003' 'Juli 2003' gemacht werden.

BzStr Wöpke berichtet über die Arbeitsgruppe aus Senat und Bezirken, die seit Juli 2002 Vorschläge zur Steuerung von Ausgaben im Z- und T-Teil der Haushalte erarbeitet. Parallel dazu führt die Abteilung Soziales und Grundsicherung eine eigene Prüfung der konkreten Steuerungsmöglichkeiten in sämtlichen Titeln des Abteilungshaushaltes durch. Sobald Ergebnisse vorliegen, wird er sie im Ausschuß vorstellen.

Im übrigen arbeite der Prüfdienst in Steglitz-Zehlendorf jetzt schon vergleichbar mit dem in Reinickendorf.

Die BV Markl-Vieto erklärt für ihre Fraktion, den Antrag in dieser Form nicht mittragen zu können, da ihr die Bemühungen des Bezirksamtes zur Vermeidung unnötiger Sozialausgaben als ausreichend erscheinen.

Nach Diskussion über den Vergleich mit Reinickendorf wird beschlossen, diese Passage aus dem Antrag zu streichen, ebenso 'Die Begründung erfolgt mündlich.'

Der Antrag wird in der geänderten Fassung (s. Anlage) mit Mehrheit angenommen.

TOP 3.2: **Grundsicherung**
Drucksache Nr. 552/II

Die BV Wagner begründet den Antrag und bittet dabei, 'aufgefordert' durch 'ersucht' zu ersetzen und als Frist für einen Bericht an die BVV 'spätestens bis zum März 2004' festzulegen.

An einen Bericht von Herrn Imlau - Soz L - über die Zahl der Anträge und den Stand der Bearbeitung schließt sich eine kurze Diskussion an.

Der Antrag wird in der geänderten Fassung (s. Anlage) einstimmig angenommen.

TOP 4: **Erster Bericht des Bezirksamts zur Verbesserung der Kontrollmaßnahmen im Sozialamt (zu Drs. 452/II)**

Frau Nuß - Soz Rev - erläutert, daß für die Zahlbarmachung mit Hilfe des berlinweiten IT-Verfahrens ProSoz die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und damit grundsätzlioch das sogenannte Vier-Augen-Prinzip gilt. Die Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips wird jedoch von ProSoz technisch nicht erzwungen. Diesen Umstand hat sich der Sachbearbeiter zunutze gemacht, indem er sich über bestehende Bestimmungen hinwegsetzte und Überweisungen auf sein eigenes Konto vornahm. Er hat dies allein, d.h. ohne Mithilfe eines weiteren Sachbearbeiters getan, (tun können).

Am 16.07.2002 wurde bezirksintern eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe für die Sachaufklärung und die Prüfung präventiver Maßnahmen gebildet. Die Sachaufklärung dauert noch an. Der Bericht der Arbeitsgruppe über präventive Maßnahmen liegt seit Anfang November 2002 vor. Er beinhaltet neben organisatorischen Maßnahmen (die auf ihre Umsetzbarkeit geprüft wurden) auch die Forderung nach technischer Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips in ProSoz; der Bericht wurde daher sowohl der Senatsverwaltung als auch der für das ProSoz-Verfahren zuständigen BASIS-Geschäftsstelle zugeleitet. Die vorhandenen bezirklichen Kontrollmaßnahmen wurden inzwischen verstärkt, zusätzliche Kontrollen eingeführt.

Unter der Federführung der Senatsverwaltung wurde im Dezember 2002 zudem eine aus Vertretern der Senatsverwaltung, der Bezirke und der BASIS-Geschäftsstelle bestehende Arbeitsgruppe gebildet. Ziel: Verstärkung der Sicherheit bei der Zahlbarmachung mit ProSoz. Das Angebot des ProSoz-Herstellers für eine entsprechende Programmanpassung soll bereits vorliegen. Bis 30.06.2003 sollen neue Bestimmungen für die Zahlbarmachung mit ProSoz erarbeitet werden.

Hinsichtlich der Sachaufklärung des zugrundeliegenden Einzelfalls sind die Ermittlungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen.

TOP 5: **Finanzielle Rückwirkungen der Sparmaßnahmen im Haushalt**

BzStr Wöpke erläutert, daß - mit Ausnahme der Auflösung der pauschalen Minderausgaben, bei der auf die Abteilung Soziales und Grundsicherung 6.400 Euro entfallen sind - bisher keine neuen Sparvorgaben vorliegen.

TOP 6: **Bericht aus dem Bezirksamt, u.a.**

- **Arbeitsgruppe des Bezirksamts mit dem Arbeitsamt/Trias**
- **Pockenschutzimpfung**
- **Umzüge und Umorganisation in der Abt. Soziales**
- **geschützte Übernachtungsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen (ergänzende Informationen zur mündlichen Anfrage v. 06.01.2003, Drs. 535/II)**

- Frau Hanuschke - Soz 3600 - stellt die neuesten Vermittlungszahlen von Ende Februar vor (s. Anlage).
- Herr Imlau informiert über die Vorbereitungen für den hoffentlich nicht eintretenden Fall einer notwendig werdenden Pockenschutzimpfung.
- Die in der letzten Sitzung angekündigten Umzüge und die Umorganisation des Sozialamtes sind in vollem Gange; laut Herrn Imlau seien nunmehr insbesondere noch IT-Maßnahmen zur Umstellung aller Einzelfälle notwendig.
- BzStr Wöpke verneint auf die Frage der BV Markl-Vieto, ob für Steglitz-Zehlendorf ein Bedarf an speziellen, geschützten Übernachtungsangeboten für Frauen erkennbar sei.
- Herr Imlau berichtet, daß bisher 63 Kostenübernahmescheine für die zukünftig notwendigen Geräte für den terrestrischen Fernsehempfang (Set-Top-Boxen) ausgegeben worden sind.

TOP 7: **Verschiedenes**

- Wegen der Erkrankung der BV Kühn erklärt sich die BV Heink bereit, als Schriftführerin zur Verfügung zu stehen..
- Die nächste Ausschußsitzung findet am **03.04.2003** statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführerin:	BV Heink	
Protokoll:	Herr Senoner	Berlin, den 04.04.2003

Statistik Vermittlungsbüro Trias

Trias	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Summe
Zuweisung	277	98	126	81	78	99	137	98	113	90	1197
Doppelzuweisungen	0	0	0	-2	0	0	0	0	0	0	-2
Nichtaufnahme fehlende Verfügbarkeit	-19	-34	-3	-1	-5	-5	-10	-9	-13	-11	-110
Nichtaufnahme fehlende Rückmeldung/Klärung SB/AA	-23	-50	-19	-26	-20	-13	-27	-23	-34	-21	-256
Aufnahmen gesamt	235	14	104	52	53	81	100	66	66	58	829
nach Aufnahme im Vermittlungsbüro											
Fallbeendigungen											
davon											
1. Arbeitsmarkt	0	8	4	5	14	5	6	9	9	8	68
Umschulung/Ausbildung	0	0	1	1	2	1	3	0	0	2	10
Weiterbildung	0	0	1	5	7	3	3	4	4	4	31
Trainingsmaßnahme	1	0	0	1	4	1	2	3	5	9	26
ABM, BSHG	1	4	7	10	8	10	6	6	2	2	56
Vermittlungen/Statusveränderungen	2	12	13	22	35	20	20	22	20	25	191
Statusklärungen, davon											
nicht geeignet	2	27	16	24	16	11	14	7	9	12	138
fehlende Zusammenarbeit/Terminversäumnis	0	1	23	16	7	10	18	10	7	7	99
kein geeigneter Arbeitsplatz im Vermittlungszeitr. gefunden	0	0	0	19	27	15	16	27	0	12	116
Sonstiges (Umzug, etc.),	0	0	0	5	2	2	1	1	21	3	35
Fallbeendigungen gesamt	4	40	52	86	87	58	69	67	57	59	579
Arbeitgeberkontakte	59	86	138	112	130	45	88	67	97	82	904
akquirierte/angebotene Stellen	8	152	488	466	548	391	676	575	658	559	4521
Gründe Nichtverfügbarkeit/nicht geeignet											
z.B. in Arbeit, EU-Rente, Altersrente,											
gesundheitliche Vermittlungshemmnisse, Schulden											
bereits in ABM oder anderen Maßnahmen etc.											

Anlage

Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Beschluss

Drucksache vom / der BV Wagner	Drs. Nr: Status: Datum: Verfasser:	**0552/II (neu)** öffentlich 08.01.2003 Wagner

Grundsicherung

Beratungsfolge:

Ausschuss	Sitzung	Datum	Erledigungsart
1. BVV	12	15.01.2003	überwiesen
2. Sozialwesen	8	29.01.2003	vertagt
3. Sozialwesen	9	06.03.2003	angenommen
4. BVV	14	19.03.2003	angenommen

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, der BVV bis zum 30. September 2003 über Stand und Probleme der Arbeit der für die Grundsicherung zuständigen Stellen zu berichten.
Dabei sind insbesondere die personelle Ausstattung und die Arbeitsaufwände darzustellen.
Weiterhin ist auch auf die Auswirkungen bei der Sozialhilfe bezüglich der Kosten für den Bezirk einzugehen, und es ist darzustellen, wie eine ausreichende Aufklärung und Information der Betroffenen außerhalb der Rentenversicherung sichergestellt wird.

Begründung:
Da es sich um die Erfüllung neuer gesetzlicher Aufgaben handelt, sollte das Bezirksamt nach Ablauf einer Erprobungsphase der BVV über Sachstand und Probleme berichten, eine Quantifizierung der finanziellen Auswirkungen für den Bezirk vornehmen und die Auswirkungen für die betroffene Personengruppe darstellen. Die Erhebung kann als Grundlage für die im Herbst vom Abgeordnetenhaus geplante berlinweite Erhebung über die Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes dienen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 08.01.2003
Sieglinde Wagner
fraktionslos

Der Antrag wurde in der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales am 06.03.2003 beraten und einstimmig in folgender geänderten Fassung angenommen:

Das Bezirksamt wird ersucht, der BVVspätestend bis März 2004 über Stand und Probleme der Arbeit der für die Grundsicherung zuständigen Stellen zu berichten.
Dabei sind insbesondere die personelle Ausstattung und die Arbeitsaufwände darzustellen.
Weiterhin ist auch auf die Auswirkungen bei der Sozialhilfe bezüglich der Kosten für den Bezirk einzugehen, und es ist darzustellen, wie eine ausreichende Aufklärung und Information der Betroffenen außerhalb der Rentenversicherung sichergestellt wird.

Der Bezirksverordnetenversammlung wird die Annahme des Antrages empfohlen.

Bösener
Ausschussvorsitzender

Anlage

Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Antrag

Drucksache Vom / der FDP-Fraktion	Drs. Nr: Status: Datum: Verfasser:	**0541/II** öffentlich 08.01.2003 Ehrhardt, Sunkel

Endlich ein Konzept gegen die Überschreitung von Ausgabetiteln!!!

Beratungsfolge:

Ausschuss	Sitzung	Datum	Erledigungsart
1. BVV	12	15.01.2003	überwiesen
2. Sozialwesen	8	29.01.2003	vertagt
3. Sozialwesen	9	06.03.2003	angenommen
4. JHA	11	11.02.2003	vertagt
5. JHA	12	21.02.2002	vertagt
6. JHA	13	11.03.2003	vertagt
7. JHA	14	01.04.2003	nicht zuständig
8. Haushalt	16	03.02.2002	vertagt
9. Haushalt	18	05.05.2003	vertagt
10. Haushalt	19	08.05.2003	vertagt
11. Haushalt	20	13.05.2003	Rücküberweisung JHA

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, um die gravierenden Ausgabenüberschreitungen im T- und Z-Teil zu beenden. Das Konzept muß einerseits grundsätzliche Reformen und andererseits kurzfristig umzusetzende Maßnahmen beinhalten, wie dies z.B. bereits erfolgreich im Bezirk Reinickendorf praktiziert wird.
Das Konzept ist der BVV im Wege einer Vorlage zur Beschlußfassung bis zur BVV-Sitzung im April 2003 zu unterbreiten.

Begründung:
Begründung erfolgt mündlich.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, 8. Januar 2003

Für die Fraktion der FDP

Ehrhardt Sunkel

Der Antrag wurde in der 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales am 06.03.2003 beraten und mit Mehrheit in folgender geänderten Fassung angenommen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, um die Ausgabenüberschreitungen im T- und Z-Teil, die beeinflußbar sind, zu beenden. Das Konzept muß einerseits grundsätzliche Reformen und andererseits kurzfristig umzusetzende Maßnahmen beinhalten. Das Konzept ist der BVV im Wege einer Vorlage zur Beschlussfassung bis zur BVV-Sitzung im Juli 2003 zu unterbreiten.
Dem federführenden Ausschuss wird die Annahme des geänderten Antrages empfohlen.

Bösener
Ausschussvorsitzender

Der Antrag wurde in der 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.04.2003 beraten und der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, sich für nicht zuständig zu erklären.

Karnetzki
Ausschussvorsitzender

Der Antrag wurde in der 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 20.05.2003 beraten und in folgender geänderten Fassung an den JAH rücküberwiesen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, um die Ausgabenüberschreitungen im Sozial- und Jugendbereich (im T- und Z-Teil), die beeinflußbar sind, zu beenden. Das Konzept muß einerseits grundsätzliche Reformen und andererseits kurzfristig umzusetzende Maßnahmen beinhalten. Das Konzept ist der BVV im Wege einer Vorlage zur Beschlussfassung bis zur BVV-Sitzung im Juli 2003 zu unterbreiten.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 14.05.2003

Platzeck
Ausschussvorsitzender